

Europa - Info - Mail

für das Münsterland.

Frühjahr 2015

Dr. Markus Pieper, MdEP



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

die TTIP Debatten zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA gehen in die heiße Phase und halten das Parlament auf Trab. Nach Aussetzung der Plenarabstimmung muss die EVP nun geschlossen die Vorteile des Abkommens in den Mittelpunkt stellen und Kritik sowie Sorgen wiederlegen. Ich bin fest davon überzeugt, durch den erweiterten Binnenmarkt profitiert vor allem der Mittelstand.

Auch in meiner Arbeit als Vorsitzender des Mittelstandskreises der EVP-Fraktion dreht sich alles darum, die Interessen des Mittelstandes zu vertreten. Obwohl die Umsetzung des EU-Plans zum Bürokratieabbau der Kommission für dieses Jahr schwierig wird, ist es doch positiv zu bewerten, dass künftig auch das EU-Parlament und der EU-Rat Folgeabschätzungen machen müssen, wenn sie Gesetzesvorschläge der Kommission deutlich verändern. Kompromisse auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner sowie neue Bürokratiehürden können so verhindert werden.

Ich freue mich, in Brüssel weiterhin einen Beitrag zu einem stabilen Europa und starken Regionen zu leisten!

Mit freundlichen Grüßen

Besuchen Sie meine **Internetpräsenz:**
www.markus-pieper.eu

Markus Pieper, MdEP



Werden Sie mein Freund bei Facebook:
www.facebook.com/markus.pieper

Dr. Markus Pieper, MdEP

Europäisches Parlament . Rue Wiertz, ASP 15 E 217 . B – 1047 Brüssel
Telefon +32 – 2 – 284.53.05 . Fax +32 – 2 – 284.93.05
markus.pieper@europarl.europa.eu . www.markus-pieper.eu

Europa - Info - Mail

für das Münsterland.

Frühjahr 2015

Dr. Markus Pieper, MdEP

Inhaltsverzeichnis

Thema des Monats	4
Freispruch für Brüssel	4
Aus den Europäischen Institutionen	5
Regionen im Vergleich	5
Streichliste der Kommission	5
Petitionsportal - Parlament	5
Bürgerinitiative.....	5
Bürokratie-TÜV.....	6
Transparenzinitiative	6
Doppelte Mehrheit	6
Staatsbürgerschaft	6
Rechnungshof - erweitertes Berichtswesen	7
EU-Justizbarometer.....	7
EURES.....	7
Eurostat.....	7
Landwirtschaft Umwelt, Verbraucherschutz	8
Umweltverbände - Klagebefugnis.....	8
Grüne Infrastruktur	8
Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)	8
Plastiktüten.....	8
Wald	9
Genpflanzenanbau	9
Recht auf Vergessen - Löschanträge	9
Kindesmissbrauch - Internet.....	10
Spielzeugsicherheit	10
Energy Drinks	10
Rechtsanwälte - EU-Adressbuch.....	10
Kreditkartengebühren	11
Kartenzahlung à la SEPA.....	11
Verbraucherkreditverträge	11
Wirtschaft, Energie, Verkehr	12
Freihandelsabkommen und Daseinsvorsorge	12
Digitaler Binnenmarkt	12
Energiewende	12
Klima- und Energierahmen 2030.....	13
Energie-Subventionen.....	13
Energieunion	13
Neue Energieeffizienz-Regeln	14
Seveso-III	14

Vergaberecht.....	14
Transeuropäische Verkehrsnetze.....	15
Seeverkehr - CO ² -Emissionen.....	15
Elektrotankstellen BAB.....	15
Biokraftstoff.....	16
Bahnreisen für Behinderte.....	16
Notrufsystem „eCall“.....	16
Wettbewerbsverstöße - Schadensersatz.....	17
Innovationsanzeiger 2015.....	17
Förderung und Termine.....	18
Energiewoche 2015.....	18
Regionalpolitik.....	18
Förderkompass für Kommunen.....	18
Bildung und Soziales.....	19
Sozialkompass Europa.....	19
Sozialtourismus.....	19
Asyl-Anhörungsrecht.....	19
Umzug in der EU.....	19
Rentenkarten/EU-weit.....	20
Gesundheitssysteme.....	20
Onlineschulung Englisch.....	20
Studiendarlehn im Ausland.....	21
Hochschulranking.....	21

Thema des Monats

Freispruch für Brüssel

Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert, wenn es dann kein großes Geschrei gibt (...), dann machen wir weiter, Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“ Der Mann, der dieses 1999 ironisch über europäische Gesetzgebung sagte, ist heute Präsident der EU-Kommission. Die scheint jetzt Ernst zu machen in Sachen bessere Rechtssetzung und Image.

Jean-Claude Juncker und sein Vizepräsident Frans Timmermans sind es leid, dass die Verantwortung für Bürokratielasten immer denen zugeschoben wird, die fern im gläsernen Berlaymont-Gebäude sitzen. Das Europaparlament macht das, obwohl die Abgeordneten regelmäßig Kommissionsvorschläge verschlimmbessern. So beim Eingriff in den EU-Emissionshandel, der laut Kommissionsvorschlag mit Folgenabschätzung für die Industrie 2021 erfolgen sollte. Das Parlament setzte das Startdatum 2019 durch – ohne Folgenabschätzung.

Auch die EU-Staaten kritisieren die Kommission, allen voran Großbritannien und Ungarn. Aber auch in Deutschland gibt es Kritik an Tachografenpflicht und EU-Mutterschutzregeln. Dabei hat sich der Bundestag in den letzten Jahren nur mit sieben Prozent der europäischen Gesetzesvorlagen intensiver beschäftigt. Und das Instrument der Subsidiaritätsrüge haben die EU-Staaten seit 2009 nur zwei Mal erfolgreich angewandt. Da werden Möglichkeiten, selbst in Folgenabschätzung und Subsidiaritätsverletzungen einzugreifen, nicht genutzt.

Die Kommission scheint es leid zu sein, den Schwarzen Peter auf Dauer gepachtet zu haben. Beim Mutterschutz setzt sie dem Rat eine sechsmonatige Frist, dann wird der Vorschlag zurückgezogen. Thema in ein paar Tagen erledigt. Bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln sollen die EU-Staaten selbst entscheiden können, was für sie gut ist und was nicht. Thema nicht erledigt, aber zumindest außerhalb der Negativaura der Kommission.

Mit dem jetzt vorgelegten Vorschlag zur „besseren Rechtssetzung“ gehen Juncker und Co. noch einen Schritt weiter. Sie wollen den Rat und das Parlament institutionenübergreifend gesetzlich in die Pflicht nehmen, an der Abschätzung der Kosten- und Bürokratielast verantwortlich mitzuwirken. Der Vorschlag macht Sinn, sind es doch oft die verhandelten Kompromisse – und nicht die ursprünglichen Kommissionsvorschläge –, die für bürokratische Auswüchse in der Umsetzung sorgen.

Der Kommissionsvorschlag einer gemeinsamen Folgenabschätzung der EU-Institutionen geht absolut in die richtige Richtung, wird er doch den wahren Verantwortlichkeiten für europäische Gesetzgebung gerecht. Das unabhängige Panel (für Streitfragen) und der „Regulatory Scrutiny Board“ (für unabhängige Folgenabschätzung) sind mit zwölf Mitgliedern jedoch nur sehr dürftig ausgestattet. Wenn es der Kommission mit unabhängiger Folgenabschätzung ernst ist, muss sie sich dem Modell der Normenkontrollräte in Großbritannien oder Deutschland stärker annähern. Mit einem europäischen Normenkontrollrat würde das Juncker-Zitat von 1999 endgültig der Vergangenheit angehören. Den wichtigsten Schritt dazu hat die EU-Kommission gerade gemacht.

Aus den Europäischen Institutionen

Regionen im Vergleich

Die eigene Region kann mit anderen Regionen in der EU verglichen werden. Aus dem Jahrbuch geht beispielsweise hervor, dass im Jahr 2013 die jüngste Bevölkerung in Deutschland in Vechta (16,4 %) lebte. Die beliebteste Tourismusregion in der EU war Canarias in Spanien (89,8 Mio. Übernachtungen). In Deutschland war Oberbayern beliebtestes Urlaubsziel mit 32,4 Mio. Übernachtungen.

Pressemitteilung mit weiteren Daten unter:

<http://bit.ly/18gSdG0>

Streichliste der Kommission

Die Kommission hat mit dem Arbeitsprogramm für 2015 eine Liste der zurückzuziehenden oder zu ändernden Gesetzesvorschläge vorgelegt, die Streichliste. Diese Liste enthält 80 von den rund 450 zur Verabschiedung anstehenden Vorschlägen. Zurückgezogen werden das Gesetespaket zur Kreislaufwirtschaft oder der Vorschlag zur Abgabe von Obst, Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen.

Pressemitteilung unter:

<http://bit.ly/1wS53UY>

Petitionsportal - Parlament

Das neue Petitionsportal des Parlaments erleichtert das Einreichen und die Nachverfolgung von Eingaben. Über das Portal kann die Petition mit einem nutzerfreundlichen Registrierungsverfahren elektronisch eingereicht werden. Man erhält auch einen Überblick bereits eingebrachter Petitionen und kann sich diesen zur Unterstützung anschließen.

Petitionsportal unter:

<http://bit.ly/1uNDWJq>

Bürgerinitiative

Es gibt einen ersten Bericht über die Erfahrungen mit der vor 3 Jahren eingeführten Europäischen Bürgerinitiative (EBI). Danach wurden 51 Bürgerinitiativen angemeldet, wovon 31 registriert wurden. 3 Initiativen haben die Schwelle von einer Million Unterschriften erreicht („Right2Water“, „Einer von uns“ und „Stop Vivisection“). Zwei Initiativen haben eine offizielle Antwort der Kommission erhalten „Right2Water“ und „Einer von uns“.

Pressemitteilung unter:

<http://bit.ly/1NDF1L8>

Aus den Europäischen Institutionen

Bürokratie-TÜV

Den durch EU-Vorschriften verursachten Bürokratiekosten soll es „an den Kragen gehen“. Als Sofortmaßnahme hat die EVP-Fraktion am 15.09.2014 eine Arbeitsgruppe ("SME Circle") gegründet, die jedes EU-Gesetz auf Überregulierung und Mittelstands - Tauglichkeit überprüfen soll. Der Vorschlag der Stoiber-Gruppe, Bürokratiekosten exakt zu berechnen, bevor Gesetze beschlossen werden findet daher die ausdrückliche Zustimmung der EVP-Fraktion.

Pressemitteilungen der EVP-Fraktion unter:
<http://bit.ly/1r6p2fh>

Transparenzinitiative

Künftig werden Gespräche der Kommission mit Interessenvertretern offengelegt. Das betrifft Gespräche mit den Kommissaren, Kabinettsmitgliedern und Generaldirektoren. Das dürfte ein Vorgriff auf einen für 2015 angekündigten Kommissionsvorschlag sein, mittels einer Vereinbarung mit dem Parlament und Rat ein verbindliches Lobbyregister zu errichten.

Pressemitteilung der Kommission unter:
<http://bit.ly/11MNvg9>

Doppelte Mehrheit

Für Abstimmungen im Rat der EU (Ministerrat) gilt seit dem 01.11.2014 der Grundsatz der doppelten Mehrheit. Bisher galt ein Abstimmungssystem, wonach große Staaten wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien deutlich mehr Stimmen hatten als kleine Staaten. Die neue Abstimmungsregelung soll Blockaden einzelner Länder erschweren.

Pressemitteilung (in Englisch) unter:
<http://bit.ly/1uNcXyA>

Staatsbürgerschaft

Fast 820.000 Personen bekamen 2012 die Staatsbürgerschaft eines der 28 EU-Staaten. Davon wurden 75 % Staatsbürger der folgenden sechs Mitgliedstaaten: England (23,7 %), Deutschland (14 %), Frankreich (11,7 %), Spanien (11,5 %), Italien (8,0 %) und Schweden (6,1 %). In Deutschland waren Türken (29 %), Serben (5,2 %), Polen (4,0 %) und Russen (3,7 %) die größten Gruppen.

Pressemitteilung der Kommission unter:
<http://bit.ly/1xW8BEk>

Aus den Europäischen Institutionen

Rechnungshof - erweitertes Berichtswesen

Das Parlament will künftig nicht nur über Fehlerraten sondern auch über Finanzierungserfolge informiert werden. Den Abgeordneten genügt es nicht mehr, dass nur darüber berichtet wird, ob die Mittel vorschriftsgemäß ausgegeben wurden; sie wollen auch Ergebnisse erfahren, die mit dem europäischen Geld erreicht worden sind. Fehlerträchtig sind nach wie vor die Regionalpolitik, Energie und Verkehr.

Pressemitteilung des Rechnungshofs unter:

<http://bit.ly/1p5fkRX>

EU-Justizbarometer

Das Justizbarometer stellt objektive, verlässliche und vergleichbare Daten über die Justizsysteme der Mitgliedstaaten zur Verfügung.

Die deutsche Justiz schneidet bei einem EU-Vergleich der Qualität, Unabhängigkeit und Effizienz gut ab. Das zeigt das Justizbarometer 2015. Bei der Förderung und Nutzung alternativer Streitbeilegungsmethoden wird Deutschland besonders positiv bewertet. Nachholbedarf besteht aber bei der Richterfortbildung im Europarecht sowie der Qualität elektronischer Verfahren für geringfügige Forderungen.

Pressemitteilung unter:

<http://bit.ly/1AW0C8A>

EURES

Das europaweite Jobportal EURES soll zu einem echten EU-Arbeitsmarktinstrument ausgebaut werden. EURES fördert die grenzüberschreitende Vermittlung von Arbeitsplätzen und ist eine Initiative der Kommission für 2015 zur Arbeitskräftemobilität. Danach sollen über EURES freie Stellen und Lebensläufe automatisch abgeglichen werden können.

EURES-Portal unter:

<http://bit.ly/1ij1xMv>

Eurostat

Eurostat hat einen neuen Internetauftritt. Seit Mitte Dezember 2014 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) online die Suchfunktionen und das Registrierungsportal neu gestaltet.

Portal unter:

<http://bit.ly/R52YUb>

Landwirtschaft

Umwelt, Verbraucherschutz

Umweltverbände - Klagebefugnis

Umweltverbände haben zur Durchsetzung des EU-Umweltrechts nur bei persönlicher Betroffenheit ein Klagerecht. Das ist der Kerngehalt des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 13.01.2015. Damit hat der EuGH Entscheidungen des Gerichts der EU von 2012 revidiert, das Nichtregierungsorganisationen ein weitgehendes Klagerecht bezüglich europäischer Umweltvorschriften zugestanden hatte.

Urteil vom 13.01.2015 unter:

<http://bit.ly/1yKgSJ4>

Grüne Infrastruktur

Es gibt eine Veröffentlichung zur „Grünen Infrastruktur“. Die von der Kommission vorgelegte Broschüre zeigt an Beispielen, wie sich die Strategie zur Förderung der „Grünen Infrastruktur“ in Europa in der Praxis umsetzen lässt. Das Parlament hat diese Mitteilung der Kommission begrüßt und fordert die Kommission gleichzeitig auf, für diesen Bereich Richtlinien und Richtwerte fertigzustellen.

Broschüre unter:

<http://bit.ly/1yni7ly>

Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Bei der Umsetzung der WRRL hat es deutliche Fortschritte gegeben. Heute kann von den meisten EU-Bürgern unbesorgt Leitungswasser getrunken und in Küstengebieten, Flüssen und Seen geschwommen werden. Dagegen ist „aufgrund jahrzehntelanger Schädigung und ineffizienter Bewirtschaftung“ das Ziel eines guten ökologischen Umweltzustands in der Hälfte aller EU Oberflächengewässer nicht erreicht.

Wasserwirtschaft in Deutschland unter:

<http://bit.ly/113xfag>

Plastiktüten

Das Parlament hat die Reduzierung des Verbrauchs von Plastiktüten beschlossen. Von derzeit jährlich ca. 200 Tüten pro Person soll der Verbrauch bis 2019 auf 90 und bis 2025 auf 40 Tüten gesenkt werden. Die Mitgliedsstaaten entscheiden, wie sie dieses Ziel erreichen. Die Neuregelung betrifft dünne Einwegtragetaschen. In Deutschland, mit einem Jahresverbrauch von 70 Tüten pro Einwohner, gibt es keine Überlegungen, Abgaben oder gar Verbote einzuführen.

Dossier unter:

<http://bit.ly/1xYX2vY>

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Wald

Mit einer neuen Forststrategie soll die nachhaltige Bewirtschaftung der europäischen Wälder gefördert werden. Ziel ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen. In seiner EntschlieÙung vom 28.04.2015 betont das Parlament, dass die europäische Selbstversorgung mit Holz verbessert und grenzüberschreitende Herausforderungen, wie Waldbrände, Naturkatastrophen oder invasive gebietsfremde Arten gemeinsam bewältigt werden können. Das Parlament betont, dass jeglichem Versuch der Vergemeinschaftung der Forstwirtschaft Einhalt geboten werden sollte. Ca. 60 % der EU-Wälder sind in Privatbesitz.

Pressemitteilung unter:

<http://bit.ly/1zoBn5a>

Genpflanzenanbau

Die EU-Länder können in ihrem Hoheitsgebiet künftig den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO) einschränken oder verbieten. Diese Entscheidung traf das Parlament am 13.01.2015. Bei der jetzt vom Parlament verabschiedeten Regelung geht es darum, wie Staaten den Anbau einer in Europa zugelassenen Gnpflanze verhindern können. Der Anbau kann aus umweltbezogenen Gründen beschränkt oder untersagt werden, weiterhin aus Gründen der Stadt- und Raumordnung, der Landnutzung, oder aus Gründen im Zusammenhang mit den sozioökonomischen Auswirkungen.

Pressemitteilung unter:

<http://bit.ly/1ALRHJX>

Recht auf Vergessen - Löschanträge

Der Umgang mit Beschwerden bei der Ablehnung von Löschanträgen durch Suchmaschinenbetreiber soll in der EU vereinheitlicht werden. Dem Vernehmen nach haben seit dem sogenannten Google-Urteil vom 13.05.2014 bereits über 100.000 Nutzer Löschanfragen gestellt. Wie die Datenschützer berichten, hätten sich einige davon bei ihren lokalen Behörden über die Ablehnung von Löschanträgen beschwert.

Pressemitteilung (in Englisch) unter:

<http://bit.ly/ZrCb8d>

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Kindesmissbrauch - Internet

Das Parlament fordert von den Mitgliedstaaten ein schärferes Vorgehen gegen sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet. Es wird ein umfassendes Konzept gefordert, das die Untersuchung von Straftaten, die Verfolgung der Straftäter, den Schutz der Opfer im Kindesalter, die Entfernung illegaler Inhalte und die Prävention umfasst.

Pressemitteilung unter:

<http://bit.ly/1FX3tTk>

Spielzeugsicherheit

Der Streit zwischen Deutschland und der Kommission über Grenzwerte für bestimmte Giftstoffe in Kinderspielzeug ist noch nicht beigelegt. Während von deutscher Seite die Meinung vertreten wird, dass die deutschen Grenzwerte für Arsen, Quecksilber und Antimon in Spielzeug höheren Schutz bieten, vertritt die Kommission die gegenteilige Auffassung. Nun hat die Kommission Deutschland in einem förmlichen Vertragsverletzungsverfahren „dringend“ zur Änderung seiner Vorschriften aufgefordert.

Pressemitteilung Kommission unter:

<http://bit.ly/11uaWuL>

Energy Drinks

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat in einem Gutachtenentwurf erstmals einen aus gesundheitlicher Sicht vertretbaren Höchstwert für Koffein ermittelt. Als sicher für Kinder und Jugendliche hält die EFSA eine Dosis von drei Milligramm Koffein pro Kilogramm Körpergewicht. Eine 250 - ml - Dose Energy Drink enthält 80 Milligramm Koffein. Ein zwölfjähriger Junge mit 50 kg überschreitet die empfohlene Tagesdosis bereits mit einer 0,5 Liter Dose.

Zusammenfassung (Englisch) unter:

<http://bit.ly/1nquWs8>

Rechtsanwälte - EU-Adressbuch

Eine neue Plattform erleichtert EU-weit die Suche nach einem Rechtsanwalt oder Notar. Die beiden Online-Plattformen mit Suchfunktion sind ein gemeinsamer Dienst der Kommission und der nationalen Anwaltskammern und Notariatsvertretungen.

Online - Plattform Rechtsanwalt unter:

<http://bit.ly/1BegS6l>

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Kreditkartengebühren

Das Parlament hat die Gebühren für Kreditkartenzahlungen (Interbankenentgelte) gedeckelt. Nach Presseberichten wird der deutsche Einzelhandel dadurch jährlich bei Kreditkartenzahlungen um bis zu 210 Mio. Euro und bei EC-Karten bis zu 130 Mio. Euro entlastet werden. Wenn der Einzelhandel diese Ersparnis an die Kunden weitergibt, wird das auch zu niedrigeren Preisen für die Verbraucher führen.

Bei Kreditkartenzahlung (Visa und Mastercard) darf die Gebühr nur 0,3 % des Zahlungsbetrags (Deutschland zurzeit bis zu 1,8 %) betragen. Für inländische Kreditkartenzahlungen können die Mitgliedstaaten aber auch eine geringere Obergrenze festlegen.

Bei den Kreditkartengebühren handelt es sich um Verarbeitungsgebühren, die Banken in der EU derzeit in unterschiedlicher Höhe von den Einzelhändlern verlangen, wenn Kunden beim Einkauf mit Karte zahlen. Nach Schätzungen der Kommission sind in der EU etwa 727 Mio. Zahlkarten im Einsatz.

Pressemitteilung des Parlaments unter:

<http://bit.ly/1MpHV5B>

Kartenzahlung à la SEPA

Auch Kartenzahlungen sollen EU-einheitlich geregelt werden (SEPA für Karten). Dem SEPA-Muster für Lastschriften und Überweisungen entsprechend, sollen Grundsätze, Geschäftspraktiken und Vorschriften sowie die technischen Standards harmonisiert werden.

Europäische Zentralbank vom 29.04.2014 unter:

<http://bit.ly/179tlKR>

Verbraucherkreditverträge

Bei der Prüfung der Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers obliegt dem Kreditgeber die Beweisspflicht. Laut Richtlinie der Verbraucherkreditverträge (2008/48/EG) verpflichtet diese den Kreditgeber, dem Verbraucher ein Europäisches Standardinformationsblatt auszuhändigen und die Kreditwürdigkeit des Verbrauchers zu prüfen. Dies ist eine Entscheidung des EU-Gerichtshofs mit dem Urteil vom 18.12.2014 (C - 449/13).

Pressemitteilung des Gerichts unter:

<http://bit.ly/1TNdFGH>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Freihandelsabkommen und Daseinsvorsorge

Weder die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) noch das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) werden zu einer Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen oder der Daseinsvorsorge führen. Nach einer Pressemitteilung vom 23.03.2015 wurde auf einem Treffen der EU - Handelskommissarin Cecilia Malmström und ihr US-amerikanischer Amtskollege Michael Froman am 20.03.2015 ausdrücklich klargestellt, (wörtlich) „dass es durch TTIP und TiSA keine Beschränkungen in der Entscheidungs- und Handlungsfreiheit von Regierungen und Kommunen gebe. Kein Handelsabkommen könne Regierungen davon abhalten, öffentliche Dienstleistungen wie Bildung, Wasserversorgung, Gesundheitswesen oder Sozialfürsorge anzubieten und zu unterstützen.

Webseite TIPP unter:

<http://bit.ly/1CkNsay>

Digitaler Binnenmarkt

Die Kommission hat eine Strategie für einen digitalen Binnenmarkt vorgelegt. Damit soll in der Digitalwirtschaft das „digitale Regelchaos“ von 28 nationalen Märkten zu einem einzigen IT-Markt zusammengeführt werden. Zur Begründung führt die Kommission aus, dass „derzeit nur 15 % der EU-Bürger Online-Einkäufe in anderen EU-Ländern tätigen; Internetunternehmen und Start-ups die Wachstumschancen des Online-Geschäfts nicht voll nutzen können und nur 7 % der KMU im Auslandsgeschäft tätig sind“. Die Strategie, von der Einsparungen in Höhe von 11,7 Mrd. Euro erhofft werden, enthält Vorschläge für u.a. Förderung der Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger zur Nutzung des Internets und Regeln zur Erleichterung des grenzüberschreitenden elektronischen Handels.

Für die Umsetzung der Maßnahmen bis Ende 2016 soll ein europäisches Projektteam Ergebnisse zu den einzelnen Maßnahmen liefern.

Pressemitteilung unter:

<http://bit.ly/1P0i8FV>

Energiewende

Die Energiewende in Deutschland ist den europäischen Nachbarn weitgehend unbekannt. Dies ergab eine von BP Europa SE repräsentative Umfrage in Frankreich, den Niederlanden, Dänemark, Polen und der Schweiz. Danach haben 63 % der Befragten noch nie etwas von der Energiewende in Deutschland gehört.

Pressemitteilung unter:

<http://bit.ly/1vg31gA>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Klima- und Energierahmen 2030

Die EU-Mitgliedstaaten haben sich auf einen Klima- und Energierahmen für 2020 - 2030 geeinigt. Das ist zugleich auch der Verhandlungsrahmen der EU für die Welt - Klimakonferenz 2015 in Paris. Danach sollen EU-intern durchgesetzt werden:

- mindestens 40 % CO²-Reduktion - dieses Ziel ist für alle Mitgliedstaaten individuell verpflichtend
- 27 % erneuerbare Energien (geltendes Ziel bis 2020 ist 20 %; Stand der Umsetzung EU - weit 14 %) - dieses Ziel gilt für die EU als Ganzes
- 27 % Verbesserung der Energieeffizienz. Das ist der Verbrauch, der nach Schätzungen ohne Sparmaßnahmen zu erwarten wäre

Entscheidung des Rats vom 24.10.2014 unter:

<http://bit.ly/1v8YRCG>

Energie-Subventionen

Es gibt erstmalig eine umfassende Studie über Energiesubventionen in den 28 EU - Mitgliedstaaten. Danach flossen 2012 EU - weit 120 bis 140 Mrd. Euro öffentliche Gelder in die Energiemärkte (ohne Verkehr), stellt das Beratungsunternehmen Ecofys in einer Analyse fest. Davon profitierten besonders die erneuerbaren Energien, insbesondere die Bereiche Solar (14,7 Mrd. €), Onshore - Wind (10,1 Mrd. €), Biomasse (8,3 Mrd. €) und Wasserkraft (5,2 Mrd. €). Unter den konventionellen Energieträgern profitierte die Kohle (10,1 Mrd. €).

Pressemitteilung (in Englisch) unter:

<http://bit.ly/1swS88e>

Energieunion

Die Kommission hat ihren Vorschlag für eine Energieunion vorgelegt. Damit sollen eine Vielzahl von Maßnahmen und Initiativen im Energiebereich vorangetrieben werden. Es soll mehr Versorgungssicherheit und Energieeffizienz erreicht, der Energiebinnenmarkt ausgebaut, bei den erneuerbaren Energien die Zusammenarbeit verstärkt sowie in die Forschung intensiviert werden. Die EU ist der größte Energieimporteur weltweit: 53 % der Energie werden eingeführt (Deutschland 63 %); die jährlichen Kosten dafür betragen rund 400 Mrd. Euro.

Mitteilung zur Energieunion unter:

<http://bit.ly/1ETZRRl>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Neue Energieeffizienz-Regeln

Es gibt eine Zusammenstellung der ab 1. Januar 2015 geltenden neuen Energieeffizienz-Regeln. Durch die neuen Ökodesign-Vorgaben im Energiebereich kann nach Berechnungen der Kommission EU - weit eine Energiemenge gespart werden, die dem jährlichen Verbrauch von 11 Mio. Haushalten entspricht. Jeder Haushalt kann dadurch jährlich 45 Euro einsparen. Die neuen Regeln gelten nur für Produkte, die ab dem 1. Januar 2015 neu auf den Markt gekommen sind.

Hintergrundinfo unter:

<http://bit.ly/1ADibhw>

Seveso-III

Die Beteiligung der Öffentlichkeit bei Planungs- und Zulassungsverfahren von großen Industrieanlagen wird ausgebaut. Das sieht die Seveso-III Richtlinie vor, die von den Mitgliedstaaten bis zum 31.05.2015 umzusetzen ist. Danach ist die Nachbarschaft von Großanlagen, insbesondere in Wohngebieten, über eventuelle Risiken und Gefahren besser zu informieren.

Die neuen Vorgaben erfassen etwa zehntausend ortsfeste Industrieanlagen, die große Mengen gefährlicher Stoffe verwenden oder lagern, insbesondere in den Bereichen Chemie, Petrochemie, Lagerung und Metallaufbereitung.

Richtlinie vom 04.07.2012 unter:

<http://bit.ly/1DVcniM>

Vergaberecht

Die EU sorgt für ein anwenderfreundliches Vergaberecht. Das zeigen die vom Bundeswirtschaftsministerium am 19.11.2014 vorgelegten Eckpunkte für ein neues Vergaberecht, mit denen drei EU-Vergaberichtlinien bis April 2016 in deutsches Recht umgesetzt werden. Dann sollen öffentliche Auftraggeber und Unternehmen mehr Flexibilität bei der Vergabe öffentlicher Aufträge haben.

Pressemitteilung des BMWi vom 19.11.2014 unter:

<http://bit.ly/151YWT0>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Transeuropäische Verkehrsnetze

Der Investitionsbedarf für das europäische Verkehrsnetz wird auf rund 700 Mrd. EUR veranschlagt. Das haben neue Studien zum Stand und Entwicklungsbedarf für das TEN-V-Kernnetz ergeben. Dabei wurden erstmals zehntausende Kilometer von Schienen-, Straßen- und Binnenwasserstraßen- Verbindungen sowie Häfen-, Flughäfen- und anderen Verkehrsterminal - Anbindungen umfassend und anhand einer gemeinsamen Methodik untersucht. In den Studien werden für jeden der neun Transeuropäischen Verkehrskorridore die verkehrlichen Engpässe konkret benannt.

Pressemitteilung unter:

<http://bit.ly/1z7Bmvc>

Seeverkehr - CO²-Emissionen

Die CO²-Emissionen von großen Schiffen sollen registriert und überwacht werden. Danach müssen Reeder, die EU-Häfen anlaufen, ab Januar 2018 jährlich über den CO²-Ausstoß ihrer Schiffe berichten. Die Berichtspflicht wird unabhängig vom Ort der Registrierung für alle großen Schiffe (ab Bruttoreaumzahl 5.000) vorgeschrieben. Auf der Grundlage der so gesammelten Daten werden die Emissionen, der Kraftstoffverbrauch und die Energieeffizienz von Schiffen ermittelt.

Pressemitteilung unter:

<http://bit.ly/1tvP3T8>

Elektrotankstellen BAB

Für Elektrofahrzeuge wird entlang der wichtigsten Autobahnen ein Netz von Schnellladestationen entstehen. Damit sollen Versorgungslücken geschlossen werden. Im Zuge eines Pilotvorhabens werden insgesamt 155 Ladestationen entlang der Autobahnen installiert, die die Niederlande, Dänemark, Schweden und Deutschland verbinden: 30 in den Niederlanden, 23 in Dänemark, 35 in Schweden und 67 in Deutschland. Dafür stehen 4 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen zum Projekt unter:

<http://ec.europa.eu/inea/>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Biokraftstoff

Das Parlament hat mit großer Mehrheit eine Reform der Biokraftstoffpolitik beschlossen. Damit ist am 28.4.2015 eine lange und kontrovers geführte Debatte mit dem Ergebnis beendet worden, dass eine maßvolle Richtungsänderung hin zu den neuen Biokraftstoffen eingeleitet wurde. Es bleibt weiterhin das Ziel der EU, 10 % des Energieverbrauchs im Transport aus erneuerbaren Quellen zu erzeugen. Der Anteil von herkömmlichen Biokraftstoffen der 1. Generation (Ethanol und Biodiesel) wird künftig auf 7 % gedeckelt. Dabei handelt es sich um die Produktion von Kraftstoffen aus Mais, Raps und Palmöl. Mindestens 0,5 % sollten aus Biokraftstoffen der 2. Generation kommen, die z.B. aus Abfall, Algen oder Bakterien gewonnen werden und damit keine Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion darstellen.

Angenommener Text vom 28.4. unter:

<http://bit.ly/1HeoFsk>

Bahnreisen für Behinderte

Die Bahnhöfe und Züge sollen laut der Kommission behindertengerecht ausgestaltet werden. Danach sind ab 1. Januar 2015 für Bahnhöfe und Züge neue technische und betriebliche Standards vorgeschrieben, die die Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität verbessern. Für den Zugbereich sind das u.a. Rollstuhlplätze, Türbreiten, Toiletten, Handläufe, rollstuhlgerechte Schlaflegenheiten und Einstiegshilfen.

Pressemitteilung unter:

<http://bit.ly/1y7JO05>

Notrufsystem „eCall“

Ab 31. März 2018 ist das Notrufsystem „eCall“ in allen neuen Pkw - Modellen und leichten Nutzfahrzeugen Pflicht. „eCall“ wird bei einem schweren Zusammenstoß durch die Auslösung des Airbags automatisch aktiviert. Dann wird per SMS - Nachricht die europäische Notrufnummer 112 angewählt und der Standort sowie Anzahl der angelegten Sicherheitsgurte und die Treibstoffart des Fahrzeugs an die nächste Rettungsleitstelle übermittelt. Der Notruf kann aber auch durch einen Zeugen manuell per Knopfdruck ausgelöst werden.

eCall - Infrastruktur Pressemitteilung unter:

<http://bit.ly/1KZdvGp>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Wettbewerbsverstöße - Schadensersatz

Schadensersatzansprüche bei Kartellrechtsverstößen oder Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung können künftig leichter realisiert werden. Während der Anspruch selbst schon bisher bestand, ermöglicht die neue Richtlinie nun EU-weit eine effektivere Durchsetzung von Ansprüchen bei Verstößen gegen das EU-Kartellrecht. Denn die Richtlinie enthält verbindliche Vorgaben über Offenlegungs-, Haftungs- und Verjährungsvorschriften.

Richtlinie unter:

<http://bit.ly/1xw0cY1>

Innovationsanzeiger 2015

Deutschland gehört zu den innovativsten Ländern in Europa und liegt nach Schweden, Dänemark und Finnland auf Platz 4 der Innovationsführer. Zieht man die europäischen Länder außerhalb der EU mit hinzu, ist die Schweiz absoluter Innovationsführer. Bei globaler Betrachtung liegen Südkorea, die USA und Japan vor der EU. Im Vergleich zu den anderen wichtigen internationalen Partnern liegt die EU weiterhin vor Australien und Kanada, die 66 % bzw. 75 % der EU-Leistung erreichen.

Pressemitteilung unter:

<http://bit.ly/1KNyTxu>

Förderung und Termine

Energiewoche 2015

Die Europäische Woche für nachhaltige Energie findet vom 15. bis 19. Juni 2015 in Brüssel und europaweit statt. Es ist Europas größte Veranstaltung rund um die Themen saubere, sichere und effiziente Energie.

Weitere Informationen (in Englisch) unter:

<http://bit.ly/1cEtVpQ>

Regionalpolitik

Es gibt ein Internetportal zur EU Regionalpolitik. Auf der von der Kommission betriebenen Plattform werden allgemeine Informationen zur europäischen Regionalpolitik sowie zu relevanten Förderprogrammen und Projekten angeboten. Es besteht die Möglichkeit, über eine Programmdatenbank sowie eine interaktive Karte nach Programmen und Projekten zu suchen, bzw. nach Ländern und Regionen aufgeschlüsselte Informationen über Programmbeteiligungen zu erhalten. Des Weiteren finden sich Dokumente, Analysen, Bilder und Rechtstexte zur europäischen Regionalpolitik, sowie aktuelle Neuigkeiten.

Internetportal unter:

<http://bit.ly/Zhnuny>

Förderkompass für Kommunen

Ein Kommunal-Kompass soll als Förderlotse bei der Suche nach EU-Finanzierungsmöglichkeiten behilflich sein. Bei dem im Antrag des Umweltbundesamtes (UBA) erstellten Leitfaden durch die EU-Fördermöglichkeiten geht es um die Fördermittel, die für Kommunen im Rahmen der ESI-Fonds in Deutschland für den Zeitraum 2014 - 2020 zur Verfügung stehen.

Kommunal - Kompass unter:

<http://bit.ly/1Aea2BY>

Bildung und Soziales

Sozialkompass Europa

Es gibt einen Vergleich der Sozialsysteme der 28 EU-Mitgliedsstaaten. Die vom Bundessozialministerium veröffentlichte Publikation "Sozialkompass Europa" vergleicht die Sozialsysteme u.a. in den Bereichen Sozialbeiträge, Sozialleistungen und Gesamtausgaben für den Sozialschutz. Das zentrale Element des "Sozialkompass Europa" ist eine umfangreiche Fakten- und Datensammlung.

Datenbank unter:

<http://bit.ly/14PEjJB>

Sozialtourismus

Die EU-Staaten haben das Recht, für ausländische EU-Bürger die Sozialleistungen einzuschränken, denn das EU-Recht auf Freizügigkeit ist kein Recht auf Einwanderung in die nationalen Sozialsysteme. Es soll verhindert werden, dass Bürger aus Staaten mit weniger stark ausgebauten Sozialleistungen die Sozialsysteme anderer EU-Länder ausnutzen. Deutschland kann daher EU-Ausländer von Hartz IV ausschließen, wenn diese nur einreisen, um Sozialleistungen zu erhalten.

Pressemitteilung des Gerichtshofs unter:

<http://bit.ly/1xtHEbF>

Asyl-Anhörungsrecht

Abgelehnte Asylbewerber haben vor der Ausweisung kein erneutes Anhörungsrecht, wenn sie vor Erlass der Rückkehrentscheidung ordnungsgemäß angehört worden sind. Das hat der Gerichtshof der EU am 05.11.2014 mit der Begründung entschieden, dass die Rückkehrentscheidung in einem engen Zusammenhang mit der Feststellung der Rechtswidrigkeit des Aufenthalts steht, also die Ausweisung die logische und notwendige Fortsetzung dieser Feststellung ist.

Pressemitteilung unter:

<http://bit.ly/1xgNezw>

Umzug in der EU

Eine neue Veröffentlichung enthält Tipps für Umzüge ins EU-Ausland. Die von dem Europäische Verbraucherzentrum veröffentlichte Broschüre hat auf 28 Seiten nicht nur nützliche Ratschläge zusammengestellt, sondern enthält auch Musterschreiben für die Kündigung von Wohnungen, Internetverträgen oder Vereinsmitgliedschaften.

Broschüre unter:

<http://bit.ly/1F4cAm6>

Bildung und Soziales

Rentenkonten/EU-weit

EU-weite Rentenkonten könnten für die Bürger jederzeit einen Überblick über erworbene Ansprüche ermöglichen. Das ist das Ergebnis eines Gutachtens von europäischen Rentenanbietern, die im Auftrag der Kommission eine entsprechende EU-weite digitale Kommunikationslösung für den Bereich der Altersvorsorge ausgearbeitet haben. Gegen die Einrichtung eines EU-weiten Pensions- und Rentenaufzeichnungsdienstes gibt es danach keine wirtschaftlichen, rechtlichen oder technischen Hindernisse.

Pressemitteilung (in Englisch) unter:

<http://bit.ly/1C1MaOe>

Gesundheitssysteme

Deutschland gehört im internationalen Vergleich der Gesundheitssysteme zu den Besten in Europa. Mit 818 von 1000 möglichen Punkten liegt Deutschland auf Platz 9 des von der schwedischen Health Consumer Powerhouse durchgeführten Vergleichs (EHC) von 36 europäischen Staaten. Der Index wird auf der Basis öffentlicher Statistiken, Patientenumfragen und unabhängiger Forschung erstellt.

Kurzfassung Deutschland unter:

<http://bit.ly/1qxWNHa>

Onlineschulung Englisch

Für Erasmus+ Fördermöglichkeiten gibt es eine Online-Schulung in englischer Sprache. Es sind keine Vorkenntnisse erforderlich und es fallen auch keine Gebühren an. Es wird die aktive Teilnahme von 3 - 4 Stunden pro Woche am Online-Kurs erwartet. Zu den Kursmaterialien gehört Videomaterial, das sowohl Einführungsinformationen über das Programm als auch Hinweise zur Entwicklung qualitativ hochwertiger Projekte enthält. Erfahrene Moderatoren leiten die Forumdiskussionen, klären Fragen und sind durch Feedback und Anleitung behilflich.

Informationen unter:

<http://bit.ly/1FaR4NM>

Bildung und Soziales

Studiendarlehn im Ausland

Für Studierende, die im EU-Ausland ein Masterstudium absolvieren wollen, ist ein 3 Mrd. Euro Darlehnsprogramm aufgelegt worden. Antragsberechtigt sind Studierende, die bereits eine Bachelor- bzw. vergleichbare Ausbildung abgeschlossen haben und für ein vollständiges Masterprogramm in einem anderen Erasmus-Programmland angenommen wurden.

Weitere Informationen zum Darlehen unter:

<http://bit.ly/17L8rYy>

Hochschulranking

Eine neue Ausgabe des Hochschulranking U-Multirank liegt vor. Dieses erstmals 2014 veröffentlichte Ranking orientiert sich am individuellen Bedarf der Nutzer und ermöglicht eine maßgeschneiderte Hochschulwahl. U-Multirank stützt seine Bewertung auf fünf Hauptkriterien: Forschungsleistung, Qualität von Lehre und Lernumfeld, internationale Ausrichtung, Abschneiden beim Wissenstransfer und regionale Einbindung. Damit werden simple Rangfolgen vermieden, die erhebliche Qualitätsunterschiede innerhalb des Studienangebotes ein und derselben Hochschule überdecken können.

Nur 8 % der Hochschulen, davon 13 Hochschulen aus Deutschland, erreichten einen Platz in der Spitzengruppe („A“) bei mehr als zehn Indikatoren; umgekehrt erreichten aber 50 % der Hochschulen ein bis fünf Spitzenpositionen. Die untersuchten Fächer sind Physik, Maschinenbau, Elektro- und Informationstechnik, Betriebswirtschaft, Informatik, Medizin und Psychologie.

U-Multirank (in Englisch) unter:

<http://bit.ly/1nITW4>